

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Belit Onay
Trammplatz 2
30159 Hannover



In den Ausschuss für Integration Europa und Internationale Kooperation

Hannover, den 08.02.2021

Haushaltsplan 2021/2022

Ergebnishaushalt

Änderungsantrag gemäß § 12 der GO des Rates der LHH zur DS 2384/2020

Teilhaushalt: TH50

Produkt: 11137 lfd. Nr. 10

Die AfD-Ratsfraktion beantragt, die Zuwendungen für den Kargah e.V. für das Vorhaben/Projekt „Niedrigschwellige Beratung für Menschen ohne Papiere in Hannover“ wie folgt zu kürzen:

	2021	2022
Der Ansatz in Höhe von:	53.530 €	53.774 €
wird um	53.530 €	53.774 €
auf insgesamt	0 €	0 €

abgesenkt.

Begründung:

Der Verein Kargah e.V. ist einer der größten Profiteure der Asylkrise in Hannover und damit fester Bestandteil der hannoverschen Asylindustrie. Er bezieht hunderttausende Euro parallel aus diversen öffentlichen Haushalten. Neben der Stadt Hannover führen ihm beispielsweise auch die Region Hannover sowie das Land Niedersachsen einen steten Strom hart erarbeiteten Steuergelds zu. Als Gegenleistung betreibt der Verein u.a. ein „Flüchtlingsbüro“, in dessen Rahmen sog. „Flüchtlingen“ ein breites Beratungsangebot in ihrer Muttersprache zur Verfügung gestellt wird. Dieses Angebot umfasst rechtlichen Rat ebenso wie die Hilfe beim Kontakt mit Behörden. Explizit wird auch dafür geworben, bei fehlenden Ausweis- und ungültigen Aufenthaltspapieren unterstützend tätig zu werden.

Kargah e.V. leistet damit offen der illegalen Massenmigration nach Deutschland und Hannover Vorschub. Er verschafft mit seinem Angebot einer Vielzahl von Asylbewerbern in Hannover trotz fehlender Papiere und fehlenden Asylanspruchs die Möglichkeit, die gesetzmäßige Rückführung in ihr Heimatland zu verzögern oder gar gänzlich zu verhindern. Er nutzt insofern erhaltenes Steuergeld, um den durch die Regierung Merkel mit der verfassungswidrigen Grenzöffnung angerichteten Schaden für Deutschlands Steuerzahler immer weiter zu potenzieren.

Mit dieser Vorgehensweise disqualifiziert sich Kargah e.V. als verlässlicher Partner für die öffentliche Hand. Ihm sind sämtliche Fördermittel mit sofortiger Wirkung zu streichen. Die Verwaltung möge für die für sich genommen sinnvollen Projekte, wie den zentralen Dolmetscherdienst oder die Bekämpfung von Zwangsheiraten und häuslicher Gewalt, einen seriöseren Partner suchen.

Mit freundlichem Gruß



Sören Hauptstein

Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH